

ANSTOß

Nov 2025

Zeitung der Linken
in der Region Saalfeld-Rudolstadt



Foto: Rajko Gora



Mandy UNTERWEGS

im Saale-Orla-Kreis

Am Dienstag, dem 28.10.2025, nahm die Bundestagsabgeordnete Mandy EiBing (Die Linke) im Rahmen ihrer Wahlkreiswoche mehrere Termine im Saale-Orla-Kreis wahr.

Der erste Termin führte die Abgeordnete nach Rosenthal in die dortige Zellstofffabrik der Mercer Rosenthal GmbH. Der Standort blickt auf eine lange Firmengeschichte zurück. Gegründet 1883 und über die Jahre kontinuierlich erweitert, sind auf einer Fläche von ca. 90 Hektar bei einem Jahresumsatz von knapp 300 Millionen Euro fast 400 Menschen in dem Werk beschäftigt.

Dazu erklärt Mandy EiBing: „Mit der Mercer Rosenthal GmbH gibt es hier im ländlich geprägten Saale-Orla-Kreis einen Arbeitgeber, der aufgrund der Firmengeschichte regional stark verwurzelt ist. Dieser setzt dazu auf Nachhaltigkeit sowie Innovation mit dem Ziel der Klimaneutralität, welches schon beinahe erreicht ist. Allein mit dem überschüssigen Strom des Werkes können 51.000 Menschen in der Region versorgt werden.“

Der nächste Termin fand in der Mercer Timber Products GmbH in Friesau, einem der größten Sägewerke in ganz Europa, statt. Geschäftsführer Torsten Kröger gab bei einem Gespräch und einer Werksführung Einblicke in die Errungenschaften, aber auch die Herausforderungen des Standortes. So hat der Mercer-Standort in Friesau sogar einen negativen Kohlenstoff-Fußabdruck und setzt unter anderem auf E-LKWs und E-Gabelstapler.

„Beide Termine haben heute bei mir einen nachhaltig positiven Eindruck hinterlassen. Egal ob Mercer in Friesau oder Mercer in Rosenthal, beide Standorte sind wichtige Arbeitgeber in der Region und stehen für Innovation, Zukunftsideen sowie Nachhaltigkeit und gute Arbeitsplätze. Dennoch haben auch sie mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen, egal ob Fachkräfte, Arbeitskräfte oder Auszubildende. An diesem Punkt muss die Politik ansetzen und das werden wir als Linke tun.“ So die Abgeordnete abschließend.

Evelin Schöpe



Fotos: Büro EiBing



Neues aus dem Kreisvorstand

Wir trotzten dem ersten Schnee und die Mitglieder des Kreisvorstandes trafen sich (fast) vollzählig vor Ort, live und in Farbe, in unserem Büro in Bad Blankenburg.

Darüber hinaus durften wir noch einige Gäste begrüßen, eine davon sogar auf vier Pfoten. Hier gehen Liebesgrüße raus an Mia!

Die Tagesordnung für unser Treffen war durchaus überschaubar, aber vielfältig und zukunftsorientiert.

Zuerst galt es, zu überlegen und abzustimmen, wie wir mit einer großen Anzahl von Mitgliedsausweisen bzw. Mitgliedskarten umgehen, die bisher noch nicht zur jeweiligen Genossin, zum jeweiligen Genossen gefunden haben und wir entschieden uns für den postalischen Weg, auch wenn wir so leider auf eine obligatorische und freundschaftliche Umarmung (erstmal) verzichten müssen;

Letztere darf sich gerne jederzeit oder aber zu unserem nächsten Neumitgliedertreffen abgeholt werden.

Von Katharina Fritz bekamen wir im Anschluss einen Einblick in die konzeptionellen Ideen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit

und Social Media zu unserer Kampagne gegen die Wehrpflicht, was dann allerdings in die entsprechenden AGs übertragen wurde.

Das wiederum war ein guter Einstieg in den nächsten Punkt der Tagesordnung, in dem die jeweiligen Ansprechpartner*innen kurz über Aktuelles in und aus den AGs berichteten und wir auch noch einmal auf unsere gemeinsame Veranstaltung zum großen Thema Umwelt zurückblickten.

Darüber hinaus kam noch die Datenschutzschulung, an der einige Mitglieder unseres Kreisvorstandes teilgenommen hatten, zur Sprache.

Was wir euch, liebe Genoss*innen, schon einmal ankündigen dürfen, ist eine Vielzahl an Veranstaltungen, die im kommenden 2026 stattfinden werden. Wir sind fleißig dabei, einen wunderbaren und abwechslungsreichen Jahresplan zu erstellen, der nicht nur innerparteilich einladen soll, sondern auch ein öffentlich zugängliches Angebot bereithalten wird.

Liebe Grüße aus dem Kreisvorstand und freut euch mit uns aufs neue Jahr!

Isabelle

Erklärung der Mitglieder des Stadtvorstands Die Linke Rudolstadt

Nach seinem Schlaganfall im September hat Daniel die Entscheidung getroffen, den Stadtvorsitz abzugeben. Ebenso kann und möchte er auch nicht mehr in der ersten Reihe stehen. Simone hatte in seiner Abwesenheit in den vergangenen zwei Monaten diese Aufgabe kommissarisch übernommen, wofür wir ihr an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danken.

Wir möchten auf einer Gesamtmitgliederversammlung Ende Januar/Anfang Februar 2026 einen neuen Vorstand für unseren Stadtverband wählen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der bisherige Vorstand seine Arbeit fortführen. Wir laden alle Mitglieder unseres Stadtverbands herzlich ein, sich an einem neuen Vorstand zu beteiligen und für die Wahl zu kandidieren.

Auch im Stadtverband Rudolstadt liegt vor uns die Aufgabe, die anstehenden Veränderungen innerhalb der Partei sowie den damit verbundenen Generationenwechsel aktiv zu gestalten. Wir ermutigen daher beson-

ders alle jüngeren Genossinnen und FLINTA*-Personen sowie auch unsere Genossen, politische Verantwortung bei uns vor Ort zu übernehmen. Der Stadtvorstand und unsere erfahrenen Genossinnen und Genossen möchten diesen Prozess gerne begleiten.

Folgende Termine und Veranstaltungen sind in Rudolstadt in Vorbereitung:

- Linker Stammtisch am 08.12.2025 und 12.01.2026
- Teilnahme am Gedenken an die Opfer des Holocaust am 27.01.2025
- Gesamtmitgliederversammlung mit Wahl des neuen Vorstandes voraussichtlich am 31.01.2025

Der Stadtvorstand wünscht allen frohe und friedliche Feiertage sowie ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2026.

Simone Post, Jörg Fritz,
Katharina Fritz, Daniel Starost

Korrektur I

Im Anstoß Oktober erschien der 2. Teil der Seminarfacharbeit zur Erinnerungskultur. Leider hat die Anstoß-Redaktion einen Fehler übersehen, der den Schülerinnen unterlaufen war: die mit der Adresse Wielandstraße genannten Stolpersteine befinden sich in der Langen Gasse, die für die Lange Gasse benannten in der Wielandstraße. Wir danken für den (mehrfach eingegangenen) Hinweis und bitten um Entschuldigung.

Korrektur II

Ebenfalls im Oktober haben wir ein entscheidendes "s" in der Überschrift zum Bericht über den neuen Kreisvorstand unterschlagen. Wir möchten dies hiermit nachreichen:

S

Anstoß

Impressum

V.i.S.d.P.: Christin Ludwig • DIE LINKE, Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt • Saalstraße 38 • 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! **Redaktionsschluss: 06.12.2025** • Die nächste Ausgabe erscheint demnächst. • Zuarbeiten, Beiträge und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwährend zu kürzen.



Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

Saalfelder Stadtrat

Die Novembersitzung des Saalfelder Stadtrats befasste sich u.a. mit dem Bebauungsplan zur Erweiterung der Thüringer Kliniken, Fortschreibung der Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet „Bahnhofsareal“, einem Zuschuss zur Kofinanzierung des Frauenkommunikationszentrums Saalfeld und einem Durchführungsbeschluss der Baumaßnahme „Saalepromenade Saalfeld/Saale“. Bei der Thüringen Klinik wurde der Weg zum schon bekannten und anstehenden Erweiterungsbau geebnet. Für den Beobachter interessanter war der Blick auf das Sanierungsgebiet am „Bahnhofsareal“. Hier ging es darum die Sanierungsziele fortzuschreiben und der aktuellen Situation anzupassen. Dieser Vorgang kommt alle paar Jahre zur Wiedervorlage. Es ist ja nun bekannt, dass vom Bahnhofsareal einige Flächen dem Investor der Fa. Saller gehören und dieser auf dem Gelände Handelseinrichtungen installieren will. Da die Saalfelder Stadtbevölkerung sich gegen die damaligen Bebauungspläne entschieden hat und der Investor auf sein Vorhaben beharrt, liegt die Bahnhofsfläche brach. Im Bau- und Wirtschaftsausschuss gab es wieder einen Versuch des Investors, einen Billigmarkt zu installieren. Hierzu sollte das gemeinvernehmliche Einvernehmen eingeholt werden. Dabei handelt es sich um eine rechtlich notwendige Zustimmung

der Gemeinde für bestimmte Bauvorhaben. Einstimmig wurde der Antrag vom Bauausschuss abgelehnt. Angekündigt wurde aber schon ein weiterer Antrag vom Investor zur Errichtung eines Möbelmarktes. Auch hier erwarte ich eine Ablehnung. Da der Investor nur Handel installieren will, wird sich auf dem Bahnhofsareal wohl erst langfristig etwas ändern.

Das Frauenzentrum ist seit 1993 ein fester Bestandteil der Beratungsstruktur der Stadt Saalfeld und ein Ort der Begegnung und Kommunikation. Es befindet sich in der Brudergasse. Beratung und professionelle Hilfestellung wird zu verschiedensten Themen angeboten, so auch bei Gewalterfahrungen und anderen traumatologischen Erlebnissen. Gefördert wird das Frauenzentrum durch die Stadt mit jährlich 12.000 €. Die Summe entspricht der aus früheren Jahren und wird aus den freiwilligen Leistungen der Stadt finanziert. Aufgrund der Inflation fragte das Frauenzentrum eine Erhöhung an. Die Anfrage ist natürlich verständlich. Das Hemmnis zur Anpassung liegt im klammen Saalfelder Haushalt, aber auch an fehlender Begründung des Antragsstellers, warum eine Erhöhung zwingend notwendig sei. Das Frauenzentrum wird vom Land Thüringen, dem Landkreis und der Stadt Saalfeld kofinanziert. Zwischen dem Landkreis und der Stadt gibt es eine Absprache, dass die Stadt 10 %

der Gesamtfördersumme beisteuert. Aktuell liegt der prozentuale Förderanteil der Stadt bei 16,8 %. Aus diesem Grund fand eine Erhöhung im Beschlussantrag nicht statt. Gemessen an der Inflation bedeutet das natürlich eine Kürzung, trotz gleicher Fördersumme. Den Blick auf den Landkreis zu richten und von dort mehr Geld zu fordern, ist aber auch nicht erfolgversprechend, da dessen Haushaltslage sich eher prekärer darstellt als der der Stadt Saalfeld. Was nützen auch mehr Gelder vom Landkreis, wenn diese im Gegenzug über höhere Kreisumlagen die Stadt stärker zur Kasse bitten? Die AfD brachte einen Änderungsantrag ein, in dem die Förderung sich nur auf die 10 % beziehen sollte. Statt 12.000 € sollten also maximal 7.000 € fließen. Begründet wurde das mit der kritischen Haushaltslage der Stadt. Das Frauenzentrum könne ja vom Landkreis oder Land mehr Geld erhalten und sei durch die Stadt ausreichend finanziert. Die anderen Fraktionen konnten dem nicht folgen und somit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Erfreulicher war der Durchführungsbefehl der Baumaßnahme „Saalepromenade“. Dabei soll das Gebiet zwischen Saale- und Zeiss Brücke aufgewertet werden, indem es zum Flanieren am Uferbereich der Saale oder zum Sonnenbad mit schönstem Blick auf die Stadt einlädt. Das kostet natürlich

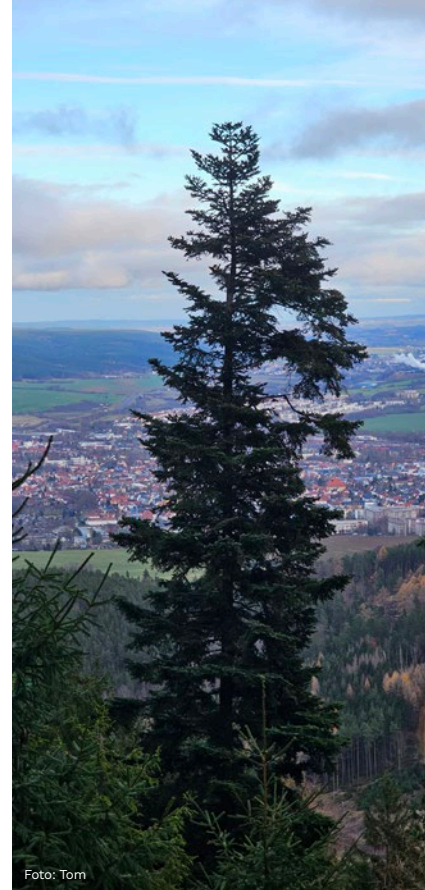


Foto: Tom

Geld und die Gesamtmaßnahme ist im Fördermittelprogramm NKK – Natürlicher Klimaschutz mit Gesamtkosten in Höhe von 227.631,00 € brutto und Fördermitteln in Höhe von 182.104,00 € (80 %) beantragt und bewilligt. Die Finanzierung des Eigenanteils soll mit Mitteln aus dem Kurlastenausgleich erfolgen. Somit kann die Stadt die Maßnahme kostenneutral umsetzen. Bewohner und Touristen können einen kleinen aber feinen Saalebereich erwarten. Die „Saalepromenade“ wird ein Schmuckstück und bleibt es, sofern Müll und Vandalismus fernbleiben.

Sven Kurzhauer

Wir nehmen Abschied
von unserem Genossen

Oberstudienrat

Dieter Barth

3. Juli 1936 - 22. November 2025

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Linke Stadtverband Saalfeld



Juden am Gymnasium Fridericianum zur Zeit des Nationalsozialismus

Im Rahmen unserer Seminarfacharbeit „Juden am Gymnasium Fridericianum zur Zeit des Nationalsozialismus“ entstand ein Rundgang des Gedenkens an die Opfer dieser Zeit.

Als Teil dieses Projekts enthüllten wir eine Gedenktafel und hielten eine Rede zum Andenken an die Opfer, um an ihr Schicksal zu erinnern und ein Zeichen gegen das Vergessen zu setzen. Der Schulchor begleitete die Veranstaltung mit bewegenden Liedern, die dem Gedenken einen würdevollen und berührenden Rahmen gaben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Lehrkräfte, werte Gäste,

heute, am 9. November, stehen wir hier, um zu gedenken. Wir gedenken der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Der Menschen, die wegen ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder ihrer Überzeugung verfolgt, entrechtet und ermordet wurden.

Und wir gedenken besonders jener, die einst Teil unserer eigenen Schulgemeinschaft waren.

Der 9. November ist ein Tag, der uns mahnt. In der Nacht des 9. auf den 10. November 1938 brannten in Deutschland Synagogen, jüdische Geschäfte wurden zerstört, Menschen misshandelt, verschleppt, getötet.

Es war der Beginn einer systematischen Vernichtung, die später im Holocaust gipfelte. Dieser Tag erinnert uns daran, wohin Hass, Gleichgültigkeit und Entmenschlichung führen können.

Für alle Menschen, unabhängig davon, wo sie leben, welcher Religion sie angehören oder auf welcher Seite eines Konflikts sie stehen. Die Geschichte lehrt uns, dass Gewalt, Unterdrückung und Hass niemals gerechtfertigt sind – von niemandem.

„Nie wieder“ bedeutet, das Leid jedes Menschen ernst zu nehmen. Menschlichkeit darf keine Grenzen kennen. Diese Gedenktafel soll ein Ort des Innehaltens sein. Ein Ort, der uns daran erinnert, dass auch an unserer Schule Menschen verfolgt wurden, weil andere weggeschaut haben. Mögen wir daraus lernen, niemals wegzusehen – weder hier noch irgendwo sonst auf der Welt.

Unsere Aufgabe ist es, das „Nie wieder“ mit Leben zu fül-

len. Mit Mut, Empathie und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Für die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft.

Unsere Seminarfacharbeit begann mit einer einfachen, aber bedeutsamen Frage: „Gab es an unserer Schule jüdisches Leben, und was geschah mit diesen Menschen während der NS-Zeit?“

Aus dieser Frage wurde eine intensive Auseinandersetzung mit unserer eigenen Schulgeschichte. Wir suchten in Archiven, Büchern und alten Dokumenten. Und fanden Namen und Schicksale. Und wir merkten: Geschichte ist nicht fern oder abstrakt. Sie ist hier, an diesem Ort, an dem wir täglich lernen.

Mit der Einweihung dieser Gedenktafel möchten wir ein Zeichen setzen: gegen das Vergessen, gegen Hass und Ausgrenzung und für Menschlichkeit, Respekt und Mitgefühl. Denn Erinnerung bedeutet Verantwortung. Die Worte „Nie wieder“ dürfen keine bloße Formel bleiben, sondern müssen in unserem Handeln weiterleben.

In den letzten Monaten blicken wir alle mit Sorge auf die Entwicklungen im Nahen Osten. Die Gewalt im Gazastreifen hat viele Menschen erschüttert und zu intensiven gesellschaftlichen Diskussionen geführt. Immer wieder wird dabei auch darüber gesprochen, wer in diesem Konflikt die Rolle des Täters und wer die des Opfers einnimmt.

Diese Frage zeigt, wie schwer es ist, inmitten von Leid, Angst und gegenseitiger Schuldzuweisung klare Grenzen zu ziehen. Denn auf beiden Seiten verlieren Menschen ihr Zuhause, ihre Familien und ihr Leben.

Gerade vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig es ist, aus der Geschichte zu lernen, dass Gewalt niemals Frieden schafft, dass menschliches Leid nie gegeneinander aufgerechnet werden darf, und dass Mitgefühl und Menschlichkeit immer über politischen Urteilen stehen müssen.

Wenn wir heute „Nie wieder“ sagen, dann darf das nicht nur für uns gelten. Es muss für alle gelten.

Zum Schluss möchten wir danken: unserem Außenbetreuer Herrn Daniel Starost, dem Stadtarchiv Rudolstadt, unseren Lehrkräften Frau Ludwig und Herr Merkel und dem Steinmetz Unternehmen Grauel, die uns auf diesem Weg unterstützt haben.

Dank Ihnen ist heute ein Stück Erinnerung sichtbar geworden. Und mit dieser Tafel bleibt sie es dauerhaft.

Wir können die Vergangenheit nicht ändern. Aber wir können entscheiden, wie wir mit ihr umgehen. Und wir können dafür sorgen, dass das, was damals geschah, sich niemals wiederholt, nirgendwo und mit niemandem.“

Ein weiter Teil unserer Arbeit war die Erstellung und Veröffentlichung unseres Podcasts „Spuren der Vergangenheit“. Dieser ist in Zusammenarbeit mit Henry Stern entstanden.

In dem Podcast geht es um eine Zeitreisende, die ins Jahr 1939 zurückreist. Dort trifft auf sie einen jüdischen Schüler, der an unserer Schule lernte und erlebte, wie sich sein Leben und der Schulalltag durch Ausgrenzung und Angst verändern.

Später begegnet sie ebenfalls dem damaligen Schulleiter, der Mitglied der NSDAP war. Dadurch wird deutlich, wie stark die nationalsozialistische Ideologie auch in Schulen eingedrungen ist.

Mit dem Podcast wollen wir zeigen, wie sich Geschichte im Alltag abgespielt hat, und an die Menschen erinnern, die unter dem NS-Regime gelitten haben. So verbinden wir historische Fakten mit einer fiktiven Geschichte, um die Vergangenheit lebendig und greifbar zu machen.

Zum Ende hin wollen wir sehr herzlich diesen Menschen danken, die diesen Tag erst in diesem Maße möglich gemacht haben: Ehepaar Post, Ehepaar Haupt, Herr Starost, Frau Ludwig, Herr Merkel, Steinmetz Unternehmen Grauel und natürlich vielen Dank an den Schulchor des Fridericianums.

Rede von Maya Stern

Sie ist eine der drei Schülerinnen, die die Seminarfacharbeit leisteten.



Fotos: Rajko Gora



Saalfeld-Rudolstädter Erinnerungslandschaft:

Zwischen Gedenkstätten und Alltagskultur

J.K., H.H., J.W.

Erinnerung im Alltag - Straßen, Gebäude und mehr

Geschichte begegnet uns täglich, oft ohne, dass wir es bemerken. Straßennamen, Schulbezeichnungen, alte Gebäude – überall finden sich Bezüge zur Vergangenheit, welche unreflektiert hingenommen werden. Unsere Seminararbeit soll zum kritischen Hinterfragen anregen: Wer war eigentlich diese Person, nach der die Straße benannt ist? Welche Rolle spielte sie in der Vergangenheit? Genau damit wollten wir uns in unserer Arbeit genauer beschäftigen, wir wollten hinter die Kulissen, hinter die Namen von gängigen Gebäuden, Straßen und mehr blicken.

Die Staatliche Regelschule Geschwister Scholl in Saalfeld ist wohl jedem im Landkreis ein Begriff. Die ehemalige Pfortenschule erhielt erst im Jahr 1950 ihren heutigen Namen, welcher auf die beiden Widerstandskämpfer*innen Sophie und Hans Scholl verweist und ist damit unser erstes Beispiel für Erinnerungskultur im Alltag. Sophie und Hans Scholl bildeten mit ihrem gemeinsamen Freundeskreis Christoph Probst, Alexander Schmorell, Willi Graf und Kurt Huber die studentische Widerstandsgruppe der „Weißen Rose“, welche sich im Juni 1942 nach einem Luftangriff in Köln zusammenschloss. Die Gruppe verbreitete Flugblätter gegen den Krieg, die faschistische Diktatur und Adolf Hitler. Doch am 18. Februar 1943 wurden Sophie und Hans Scholl vom Hausmeister ihrer Universität beim Austeilen dieser Flugblätter erwischt und denunziert. In den darauffolgenden Tagen wurde auch nach den anderen Mitgliedern der Verbindung gefahndet und diese schließlich festgenommen. Am 21. Februar des gleichen Jahres wurden beide Geschwister vernommen und bereits einen Tag später zum Tode verurteilt und durch das Fallbeil hinge-

richtet. Alle weiteren Mitglieder starben ebenfalls noch im Jahr 1943. Die Urteile gegen alle Personen der Weißen Rose wurden erst im Jahr 1998 aufgehoben und für rechtswidrig erklärt. Die Geschwister Scholl sind die bekanntesten Mitglieder der Organisation und gelten bis heute als Symbolgestalten von humanistischen Werten und Widerstand in Deutschland gegen das NS-Regime.

Gleichzeitig existiert im Landkreis – im Saalfelder im Ortsteil Gorndorf, die sogenannte Stauffenbergstraße. Diese wurde benannt nach Claus Schenk Graf von Stauffenberg, einer weiteren prägenden Figur im Widerstand gegen das Regime des Nationalsozialismus und Adolf Hitler. Aber von Anfang an: Stauffenberg wurde 1907 als Sohn eines Obermarschalls in Bayern geboren. Im Jahr 1926 legte er sein Abitur ab und begann seine Karriere in einer Infanterieschule. Als Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, befürwortete Stauffenberg diese Wahl. Er unterstützte Hitler und wurde noch im Mai desselben Jahres zum Leutnant befördert. Bis zum Kriegsbeginn war Stauffenberg unter anderem an illegalen Übergaben von Waffendepots an die deutsche Reichswehr involviert. Mit Beginn des Krieges wurde er zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt. So viel zu seiner Militärkarriere. Denn als der Krieg sich wandelte und Deutschland immer weiter zurückgedrängt wurde, wandelte sich auch Stauffenbergs Haltung zum Krieg. Nach der Niederlage in Stalingrad im Jahr 1942 stand für Stauffenberg fest, dass der Krieg so nicht weitergeführt werden konnte. Er trat in den militärischen Widerstand ein und wurde hier zur zentralen Figur. Doch

erst nachdem Stauffenberg im Einsatz in Nordafrika schwer verwundet und im Zuge dessen zum Befehlshaber des Ersatzheeres in Berlin wurde, nahmen die Pläne Hitler zu stürzen Form an. Grund hierfür war Stauffenbergs Zugang zu Lagebesprechungen in den Führerhauptquartieren. Die Widerstandsgruppe hatte zuvor zweimal versucht, Hitler zu töten. Der dritte Versuch fand am 20. Juli 1944 in der sogenannten „Wolfsschanze“ statt. Stauffenberg sollte einen Aktenkoffer, mit einer Bombe versehen, in die Nähe Adolf Hitlers stellen, doch die gewünschte Platzierung misslang und Stauffenberg verließ den Raum unter einem Vorwand. Nach der Explosion wurde bekanntgegeben, dass Hitler einer der 20 Überlebenden war. Noch am selben Tag, in der Nacht auf den 21. Juli, wurden die Mitverschwörer rund um Stauffenberg festgenommen und erschossen.

In Unterwellenborn gibt es einen ebenso historisch aufgeladenen Straßennamen: die Ernst-Thälmann-Straße. Auch dieser Straßename basiert auf einer Person, welche sich gegen das System des Nationalsozialismus auflehnte und deshalb ihr Leben ließ. Thälmann wurde als Sohn eines Gemischtwarenhandlers geboren, im Jahr 1886. 1902 schloss er sich der Fußartillerie-Einheit Nr. 9 in Schleswig-Holstein an, wurde aber kurz darauf wieder entlassen. Ein Jahr darauf trat er in die Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein. Während des ersten Weltkrieges diente Thälmann als Soldat. Als er 1918, nach dem Krieg, wieder nach Hamburg zurückkehrte, schloss er sich der USPD an, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und wurde nur ein Jahr drauf zum Vorsitzen-

en berg st

ffenberg

erlin (erschossen

derstands-

7.1944)

aalfeld/Saale



den ernannt. Auch als die USPD sich zur KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) wandelte, wurde er auch hier zum Vorsitzenden gewählt. Zudem leitete er von 1924 bis 1929 den Roten Frontkämpferbund, eine paramilitärische Organisation der KPD, welche sich unter anderem Straßenkämpfe mit der SA lieferte. Außerdem wurde er 1924 zu einem Mitglied des Reichstags und kandidierte anschließend bei den Reichspräsidentenwahlen, allerdings erfolglos. Auch einige Jahre später, im Jahr 1932, wurde er erneut nominiert, doch verlor er die Wahl abermals. In einer Ansprache warnte Thälmann vor der NSDAP, welche laut ihm von der Bevölkerung zu sehr geschätzt wurde, da sie einfache Lösungen für die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme in Deutschland versprochen. Als 1933 dann die Machtübernahme der Nationalsozialisten stattfand, schlug Thälmann einen Generalstreik vor, um Hitler zu stürzen, dieses Vorhaben misslang. Zuvor wurde Thälmann wegen Hochverrats festgenommen und verbrachte daraufhin elf Jahre in diversen Gefängnissen. Ein direkter Prozess gegen ihn wurde eingestellt, da er selbst mit der Höchststrafe nur 15 Jahre Freiheitsentzug erhalten würde. Im August 1944 ordnete Hitler schließlich seine Hinrichtung an. Ohne Verfahren wurde Thälmann nach Buchenwald gebracht und am 18. August 1944 erschossen.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? Ganz einfach: Wir sprechen hier über Biografien von Widerstandskämpfer*innen, die uns im Alltag oft begegnen – zum Beispiel, wenn wir durch Straßen gehen, die nach ihnen benannt sind. Häufig nehmen wir diese Namen einfach hin, ohne genauer über die Men-

schen dahinter nachzudenken. Mit unserer Arbeit wollten wir genau hier ansetzen: aufmerksam machen, die Geschichten greifbarer machen und daraus Schlüsse ziehen. Straßennamen werden nicht zufällig vergeben. Es gibt klare Regeln: Sie sollen leicht verständlich und einprägsam sein. Gleichzeitig wählt man gerne Persönlichkeiten, die als bedeutend oder ehrenvoll gelten. So entsteht eine Mischung aus Orientierungshilfe und Erinnerungskultur. In jedem Fall stellt der Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine erinnerungswürdige Handlung dar. Nationalsozialismus ist durch Eigenschaften wie Antisemitismus, Rassismus, Gewalt und Terror charakterisiert und daher ist es von großer Bedeutung, sich gegen diese Form der Herrschaft zu stellen. Doch was genau in den Biografien der oben genannten Menschen ist es, das die Benennung diese Form von Erinnerungskultur rechtfertigt? Schauen wir uns ein konkretes Beispiel an: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Sein Attentat auf Hitler war zweifellos ein wichtiges Zeichen des Widerstands. Aber seine Beweggründe unterschieden sich von denen anderer, wie etwa den Geschwistern Scholl. Stauffenberg unterstützte anfangs die nationalsozialistische Politik und seine Opposition entstand vor allem aus der Kritik an Hitlers Kriegsführung und den drohenden Niederlagen – weniger aus einem umfassend humanistischen Antrieb.

Trotzdem tragen Straßen in vielen Orten heute seinen Namen. Kritische Auseinandersetzungen mit seiner Biografie gibt es zwar mittlerweile mehr, aber die Frage bleibt: Wie gehen wir damit um und können gegebenenfalls unser Wissen erweitern? In Saalfeld zum Beispiel hängen

unter manchen Straßenschildern kleine Tafeln mit biografischen Kurzinfos. Eine gute Idee – aber oft beschränken sich diese Texte auf Geburts- und Sterbedatum sowie eine knappe Beschreibung. Im Fall Stauffenbergs – und generell bei historischen Straßennamen – wäre etwas mehr Hintergrund wichtig, um ein vollständigeres Bild zu bekommen. Sollte man die Straße also umbenennen? Nein, denn solche Namen sind Teil unserer Erinnerungskultur – auch wenn sie komplexe oder widersprüchliche Persönlichkeiten ehren. Man sollte sich also mehr mit diesen Personen auseinandersetzen. Zum Beispiel durch Bildungsangebote, digitale Informationen (wie ein QR-Code an den biografischen Tafeln) oder kleine Informationszettel zu diesen Persönlichkeiten. Genau das war unser Ziel mit dieser Seminarfacharbeit. Erinnerungskultur lebt davon, dass wir sie immer wieder hinterfragen, ergänzen und erklären. Nur so bleibt sie lebendig.

Zum Schluss möchten wir alle Interessierten einladen, noch tiefer in die Themen einzutauchen, die wir hier nur anreißen konnten. In unserem Podcast „Geschichte im Dialog“ sprechen wir ausführlich über die verschiedenen Facetten der Erinnerungskultur im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, erzählen Hintergründe und diskutieren über ihre Bedeutung heute. Die vier Folgen sind weiterhin auf Spotify verfügbar – hören Sie gern rein und bleiben Sie mit uns im Gespräch, damit Erinnern lebendig bleibt.

Termine

Do 11. Dez 2025 • 15.00 Uhr
Saalfeld, Weltladen
• Treff am Donnerstag

Mo 15. Dez 2025 • 18.00 Uhr
Bad Blankenburg, Büro
• Kreisvorstand hybrid
(parteiöffentlich)

Mi 17. Dez 2025 • 18.30 Uhr
• BO-Mitglieder-Treffen
Stadtverband Saalfeld

So 21. Dez 2025 • 16.03 Uhr
Nordhalbkugel
• astronomischer
Winteranfang – die Tage
werden wieder länger

Mi 24. Dez 2025
Früher war mehr Lametta!

Do 25. Dez 2025
1. Weihnachtstag

Fr 26. Dez 2025
2. Weihnachtstag

Mi 31. Dez 2025
Alles Gute für
das nächste Jahr!



Treff am Donnerstag

Der Donnerstagtreff findet regelmäßig am zweiten Donnerstag des Monats statt, der nächste also am 11. Dezember, im neuen Jahr starten wir am 8. Januar – wie immer um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld.

Natürlich gibt es wieder fair gehandelten Kaffee und Tee. Costa-Rica-Cola, Mate und Limo – alles fair gehandelt – erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel sind im Laden ebenfalls zu finden.

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im [solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

Übrigens ist der Laden barrierefrei, auch mit Rollatoren oder Rollstühlen ist die Teilnahme am Donnerstagstreff möglich...

nächste Treffs:

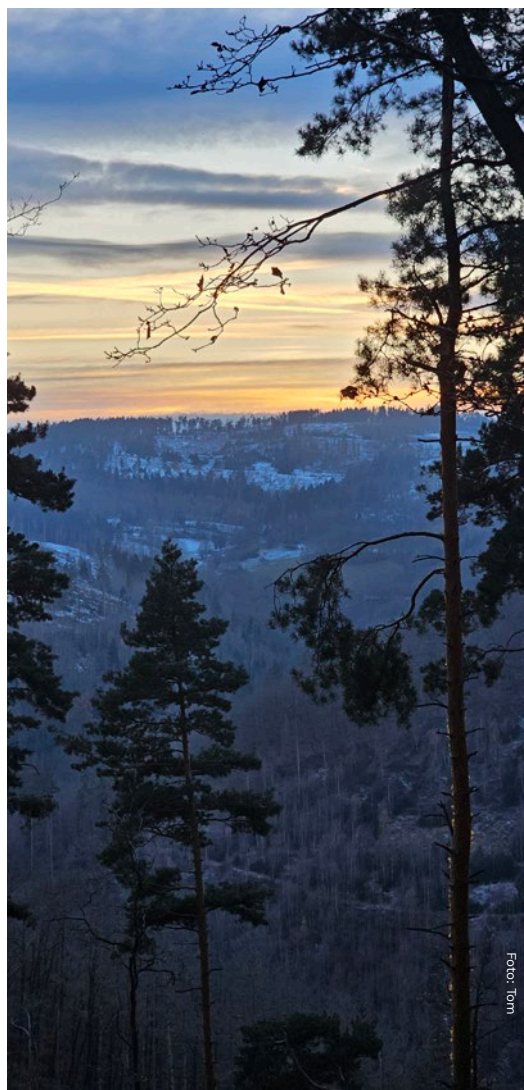
**Do 11. Dez
und dann am 8. Jan**

Weltladen Saalfeld

Zitat des Monats

»Wir sind alle
gleich - es gibt
kein christliches,
muslimisches,
jüdisches Blut.
Es gibt nur
menschliches
Blut. Ihr habt alle
dasselbe.«

Margot Friedländer



18. Nov 1945 Wilma Mankiller

Wilma Mankiller, geboren am 18. November 1945 in Tahlequah, Oklahoma, verbrachte ihre frühen Jahre auf dem Land der Cherokee, bevor ihre Familie im Rahmen eines Umsiedlungsprogramms in den 1950er Jahren nach San Francisco ziehen musste. Das prägte Wilmas Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeit. 1969 beteiligte sie sich an der Besetzung von Alcatraz durch eine Gruppe, die sich „Indians of All Tribes“ nannte, ein neuer Aufbruch im Kampf für die Rechte der First Nations. Nach ihrer Rückkehr nach Oklahoma in den 1970er Jahren begann sie, sich direkt in Gemeindeprojekten der Cherokee zu engagieren, wobei sie sich auf Programme zur Entwicklung der ländlichen Gemeinschaft konzentrierte, die auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortung basierten.

Wilma Mankillers unermüdlicher Einsatz führte sie 1983 an die Spitze der Cherokee-Verwaltung. Sie wurde zum Deputy Chief (Stellvertretenden Häuptling) gewählt. Trotz eines schweren Autounfalls, der ihre Gesundheit beeinträchtigte, übernahm sie 1985 das Amt des ausgeschiedenen Principal Chiefs, des höchsten Amtsträgers der Cherokee-Nation, die fast eine halbe Million Mitglieder hat. Bei den Wahlen von 1987 und 1991 wurde sie wiedergewählt und war damit die erste Frau, die in der modernen Geschichte der Cherokee Nation dieses höchste Amt innehatte.

Während ihrer zehnjährigen Amtszeit (1985–1995) leitete Wilma Mankiller die Cherokee Nation in einer Phase beispiellosen Wachstums und weitreichender Reformen. Sie setzte sich konsequent für eine Stärkung der Stammesautonomie und die Verbesserung der Grundversorgung ein. Zu ihren bedeutendsten Errungenschaften zählt die erfolgreiche Verhandlung neuer Stammesverträge mit der Bundesregierung, die es den Cherokee ermöglichten, ihre eigenen Programme in Bereichen wie Gesundheitswesen, Bildung und Wohnungsbau zu verwalten. Das von Wilma Mankiller geförderte Modell der Selbsthilfe führte zum Bau von Wasserleitungen und Häusern durch die Gemeinschaft selbst und stärkte so das Gefühl der Eigenverantwortung und des Zusammenhalts.

1995 trat sie aus gesundheitlichen Gründen von ihrem Amt zurück. 1998 erhielt sie die höchste Auszeichnung der Nation, die Presidential Medal of Freedom.

Sie starb am 6. April 2010.

Ihr Vermächtnis lebt fort – Symbol für Widerstandsfähigkeit, effektive Führung und die kulturelle Wiederbelebung der First Nations.

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

Die Linke Saalfeld-Rudolstadt

Spenden

Die Linke hat als einzige im Bundestag vertretene Partei internats Spenden aus Wirtschaft, von Unternehmen und Konzernen angenommen. Politik darf nicht käuflich sein!